

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 80 S.
Zeitungspreisliste Nr. 3124.

Inhalt: „Schutz der nationalen Arbeit.“ — Zur Handwerkerfrage. — Arbeiterbewegung: Streiks, Ausberrungen, Maßnahmen. — Verammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Das große Baumglück in Basel. Bericht der Hehen-Nassauischen Bauwerks-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1900. — Aus anderen Berufen. Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1900. — Politik und Gerichte. — Verschlebens. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streikabrechnungen. — Zentralverband der Maurer. — Central-Krankenkasse.

„Schutz der nationalen Arbeit.“

Jedes Schutzsystem hat die Tendenz, nationale Arbeit von einer produktiveren Tätigkeit zu einer weniger produktiven überzuführen, und ferner bei einer Verteilung des Gesamtprodukts der nationalen Arbeit das Kapital und die Grundrente zu begünstigen und die Arbeit zu benachteiligen. Man mag den Schutzöllen eine Form und einen Namen geben, wie immer man will, diese beiden Wirkungen sind mit jedem Schutzsystem unerlässlich verknüpft.

Für die Gegner dieses Systems, das im neuen Zolltarif eine weitere Ausgestaltung erfahren soll, kommt Alles darauf an, die mancherlei Interessengegensätze, über die unsere Schutzöllen mit der Phrase „Schutz der nationalen Arbeit“ hinwegtäuschen möchten, festzustellen und den Volksmassen zur Kenntnis zu bringen.

Schon öfter haben wir dargelegt, daß die Behauptung der Agrarier, die von ihnen geforderten Schutzöllen auf landwirtschaftliche Produkte würden der „gesamten Landwirtschaft“ zum Vorteil gereichen, eine grobe Lüge ist. Die Großgrundbesitzer, die Junker brauchen, um wirtschaftspolitische Schlachten zu gewinnen, die Kleinbauern. Darum wird den „Ruhbauern“ das schöne Vieh von der „Interessensolidarität“ der Großen und der Kleinen gesungen und ihnen eingeredet, ihr Lebensinteresse erheische, daß die Getreide-, Vieh- und Fleischpreise so hoch wie möglich hinaufgeschraubt werden. Die Agraradmagogen möchten die deutsche Landwirtschaft als ein einheitliches Ganze angesehen wissen, was sie doch in Wahrheit nicht ist. Ein Blick auf die amtliche Statistik von 1895 zeigt folgende Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe:

Betriebsgröße in Hektar	Anzahl der Betriebe	Landwirtschaftlich benutzte Fläche in Hektar
unter 2	8235169	1807870
2-5	1016289	3285720
5-20	998701	9720975
20-100	281734	9883667
über 100	25057	7829008

Es gibt also 4.241.408 Betriebe bis zu 5 Hektaren mit zusammen 5.093.590 Hektaren oder 15,67 pZt. des landwirtschaftlich benutzten Bodens. Dem stehen gegenüber 1.305.292 Betriebe von über 5 Hektaren mit zusammen 18.418.350 Hektaren oder 84,33 pZt. des landwirtschaftlich benutzten Bodens. Alle die Betriebe unter 5 Hektaren können von den Getreideöllen keinen Vorteil haben, weil sie, von seltenern Ausnahmen abgesehen, kein Getreide verkaufen, sondern welches hinzukaufen müssen. Je kleiner die Besitzer sind, je mehr müssen sie hinzukaufen, um so stärker werden sie durch den Getreidezoll geschädigt. Von einem nach Maßgabe des „Schutzölles“ vortheilhaften Getreideverkauf kann auch für die Masse der Besitzer bis zu 100 Hektaren nicht die Rede sein, weil für sie, wie wir weiter sehen werden, vorwiegend die Viehzucht in Betracht kommt. Der Profit aus den Getreideöllen fällt lediglich dem Hauptbetrieb von über 100 Hektaren zu.

Nun ist aber auf die seitler viel zu wenig beachtete Thatsache hinzuweisen, daß das Brotgetreide wirtschaftlich garnicht einmal den Hauptartikel unserer Landwirtschaft bildet. Der Schwerpunkt des landwirtschaftlichen Betriebes liegt bereits nicht mehr im Getreide, sondern im Fleisch. Nach der Berechnung des Landwirtschaftsrathes ist der Preis für 1 Kilogramm Getreide ungefähr 15 S. So beträgt der Werth unserer gesamten Brotgetreideproduktion etwa 1300 Millionen Mark. Ebenfalls nach der Berechnung des Landwirtschaftsrathes ist der Preis des Fleisches ungefähr M. 1 pro Kilogramm. Also bewerthet sich unsere Fleischproduktion auf 2 Milliarden, wozu noch der Werth der Milchproduktion mit 1 1/2 Milliarden kommt.

Daraus wird klar ersichtlich, daß die Viehzucht der werthvollste Theil unserer landwirtschaftlichen Produktion ist. Und die Hauptmenge dieses Theiles entfällt nicht auf die Großgrundbesitzer, sondern auf die kleinen und mittleren Grundbesitzer. In der vorjährigen Denkschrift des Landwirtschaftsrathes über das Fleischgeschäft ist folgendes festgestellt: Von den 13.582.642 Schweinen, die 1895 vorhanden waren, entfielen mehr als 5 Millionen, von den 17.053.642 Rindern über 4 Millionen auf die Betriebe unter 5 Hektaren, dagegen nur 888.571 Schweine und 1.957.277 Rinder auf die Betriebe über 100 Hektare.

Jede Vertheuerung des Getreides, an welchem Produkt die Viehzucht ganz erheblich partizipirt, bedeutet eine Erschwerung und Schädigung dieses Zweiges der Landwirtschaft.

Das ganze Bestreben des Großgrundbesitzes gipfelt darin, mit Hilfe der Getreideöllen auf dem bisherigen, müheloseren, ohne großes Betriebskapital durchzuführenden, technisch niedrigeren Standpunkt der Getreideproduktion möglichst lange verharrten zu können. Es ist Wahnsinn, zu behaupten, die kleinen und mittlere Landwirtschaft und die Nation habe daran ein Interesse.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der sogenannten „schweren“ Industrie: Hier ist es die kleine Klasse der Bergbau- und Hüttenkapitalisten, die für Schutzöllen und deren Erhöhung schwärmt, genau so wie die Großgrundbesitzer. Von den circa 7.320.000 gewerblichen Arbeitern, die im Jahre 1895 gezählt wurden, entfielen nur circa 533.000 auf den Bergbau- und Hüttenbetrieb. Von dem großen Ueberrest kamen 850.000 auf das Baugewerbe, 799.000 auf das Textilgewerbe, 788.000 auf die Nahrungsmittelbranche, 492.000 auf die Maschinenindustrie. Keine dieser und aller sonstigen Industrien hat ein Interesse an der Vertheuerung der Rohmaterialien, des Eisens etc. Nur das Schmarogerinteresse der kleinen Bergbau- und Hüttenklasse soll den Vorwand für Zollerhöhungen abgeben. Die große Masse der deutschen Arbeitskraft wird in denjenigen Industrien beschäftigt, deren Produktionsbedingungen durch die Schutzöllerei erschwert werden sollen. Das, was in der sogenannten „schweren“ Industrie hauptsächlich vertreten ist, ist nicht die Arbeit, sondern das Kapital.

Diese „schwere Industrie“, die kleine Gruppe der Eisen- und Hüttenleute, die unter Führung des Zentralverbandes deutscher Industrieller stehen, hat sich mit den Agrarier vereinigt. Ihre öffentlich bekannt gegebene „Logik“ ist eine sehr einfache. Sie besagt: „Wir geben zu, daß Ihr höhere Getreidezölle braucht; diese haben nämlich eine schlechtere Lebenshaltung unserer Arbeiter zur Folge; ergo müssen wir höhere Löhne zahlen und deshalb auch höhere Schutzöllen auf unsere Produkte haben.“ In Wahrheit aber denken die Eisen- und Hüttenleute garnicht daran,

aus dem Ertrag höherer Zölle ihren Arbeitern höhere Löhne zu zahlen. Das ist nur heuchlerischer Vorwand. Denn nicht nur höhere Schutzöllen strebt diese Gruppe unter Führung des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“ an, sondern im engsten Zusammenhang damit auch die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter; sie will verhindern, daß, wenn die schlimmen Wirkungen der Schutzöllpolitik, des Lebensmittelmüders, sich geltend machen, die Arbeiter sich höhere Löhne erkämpfen. Die Schutzöllner der Großindustrie wollen die Preise ihrer Produkte erhöhen, wie die Großgrundbesitzer den Preis des Getreides lediglich zum Zwecke persönlicher Vertheuerung.

So sieht der „Schutz der nationalen Arbeit“ aus, den diese gegen das Gemeinwohl verschworene Koalition von Ausbeutern anstrebt. Grund genug für das Volk, sie zu Boden zu werfen und ihr den Daumen auf's Auge und das Knie auf die Brust zu setzen!

Zur Handwerkerfrage.

Einige Innungsverbandsstage und sonstige Handwerkerveranstaltungen haben bereits stattgefunden, andere werden ihnen im Laufe der nächsten Zeit folgen.

Da ist zunächst zu erwähnen der in Lier stattgehabte 17. rheinische Provinzial-Handwerkertag, eine durchaus zünftlerische Veranstaltung, die sehr schwach besucht war. Es mußte recht mittelalterlich an, daß man der Versammlung einen Gottesdienst für die Theilnehmer vorausgehen ließ. Daß diese fromme Aebtung nicht lauter auf den Geist der Zünftler eingewirkt hat, läßt der Umstand erkennen, daß diese Herren in einer Resolution erklärten, „an der Forderung der Zwangsinnung sowie Einführung des Befähigungsnachweises festhalten zu müssen“. Weiter wurden Handwerkergerichte, bestehend aus einem Juristen als Vorsitzenden und zwei Handwerksmeistern als Beisitzern, verlangt.

Erstere Forderung wurde auch von dem in Osnabrück abgehaltenen 6. hannoverschen Handwerkertag aufgestellt. Auch der in Dillenburg stattgehabte dritte Verbandstag des Handwerkerbundes für den Regierungsbezirk Wiesbaden betannte sich zur obligatorischen Handwerksorganisation und zum Befähigungsnachweis.

Auf letzterem „Tage“ wurde auch die Frage des Tagesunterrichts in der Fortbildungsschule lebhaft erörtert. In Frankfurt a. M. besteht diese Einrichtung schon längere Zeit. Mit Recht wird zu Gunsten derselben geltend gemacht — wie auch wir es schon öfter gethan haben —, daß es widersinnig und ungerecht ist, den abgearbeiteten Lehrlingen nach Feierabend Unterricht zu erteilen. Aber die Weisheit der Handwerksmeister in dem in Rede stehenden Bezirk will von dem Tagesunterricht nichts wissen; ihr kommt es nicht auf wirkliche Ausbildung, sondern lediglich auf die rätschichtslose Ausbentung des Lehrlings an. Einer der Webermacher, ein Herr Spengler aus Dillenburg, stellte die ebenso dumme wie freche Behauptung auf: Der Nachwuchs im Handwerk rekrutire sich ja doch nur zum großen Theile aus dem „Auswurf der Menschheit!“ Man einigte sich auf den absurden Kompromißantrag: „Die Unterrichtszeit nach Maßgabe der örtlichen und gewerblichen Verhältnisse unter Anführung und Verantwortlichung der Wünsche der ansässigen Handwerker festzusetzen.“ In Betreff der Submissionen wurde ausgeführt, wie die Handwerker sich vereinen- und Handwerker zu Stabverordneten wählen müssen, welche dann den Herren juristen mühten: „Wir Bürger sind diejenigen, welche zu sagen haben, was geschieht. Ihr seid die bezahlten Beamten, welche zu thun haben, was wir sagen.“ Auch ein „Reformprogramm“ Das könnte eine nette Gemeinbewirtschaft werden, wenn die Zünftler in der Verwaltung sich die öffentlichen Arbeiten aufzuteilen hätten!

In Regensburg wurde der 18. allgemeine bayerische Handwerkerkongress abgehalten. Dieser legte ein Hauptgewicht auf die politische Vertretung der Handwerker in den öffentlichen Körperschaften (Landtag, Landrat u. c.). Solch eine Vertretung zu erringen, sollen sich die gewerblichen Korporationen zusammenschließen.

Sehr eingehend und unternünftig wurde das Streikwesen besprochen. Man behauptete, daß das Handwerk durch die Streiks „ungeheure Schädigungen“ erfahre. Als ob das Handwerk nicht vorzugsweise auf die Arbeiter angewiesen wäre; je schlechter diese bezahlt sind, je schlechter ergeht es dem Handwerk, das ist eine alte Erfahrungssache. Uebrigens haben die Handwerksmeister gar keine Ursache, in Rücksicht darauf, daß mancher Handwerksmeister wirtschaftlich unglücklich gestellt ist, auf die Erringung einer besseren Lebenshaltung zu verzichten.

Die Zünftler in Regensburg forderten gegen Streiks gesetzlichen Schutz (Zustandsgesetzvorlage). Bekämpfung der Streikbewegungen. Die Meister sollen ein „wachames Auge“ haben, d. h. etwaige Verträge gegen § 153 der Gewerbeordnung zur Kenntnis der Behörden bringen, also Denunzianten sein! Weiter entblödete dieses Zünftler-Parlament sich nicht, eine Petition an den Bundesrat und Reichstag zu beschicken; daß das Arbeitsbuch für alle Gesellen ohne Unterschied des Alters gesetzlich eingeführt und als unerfälschliche Legitimation festgelegt werden soll.“ (11) Bekanntlich soll das Arbeitsbuch nach dem Wunsche der Zünftler dazu dienen, die Gesellen einer unerhörten Arbeitgeberverpflichtung zu unterwerfen, sie einem rücksichtslosen Terrorismus zu überantworten. Glück werden die hierüber wachsameren mit ihrer Forderung allerdings wohl nicht haben.

Einiges interessante Material zur Beurteilung der Handwerkerfrage bieten die bisher erschienenen Jahresberichte der Handwerker- und Gewerbetakamern. Es geht daraus hervor, daß die Mehrheit der Handwerker nach wie vor dem Innungszauber, der Zünftler widerstrebt. Der Osnabrücker Bericht führt die Bildung von Innungen in vielen Kreisen auf die Tätigkeit der — Landräthe zurück. Ohne Zweifel haben manche dieser Verwaltungsbeamten ihren Einfluß geltend gemacht, Innungen zu schaffen. Aber die williger Entschliessung, nicht selbstständiger Initiative, sondern einem „moralischen Druck“ beherrschlicher Autorität.“ Der Osnabrücker Bericht erwähnt, daß sich auf diesem Gebiete zwei Extreme begegnen: die Einen, welche jede Vereinigung der Handwerker für nutzlos und zwecklos halten; und die Anderen, welchen das Handwerkergesetz nicht wenig geht. Ueber diese letzteren, die Zünftler, sagt der Bericht wörtlich:

„Mit einem großen Aufwand stiftlicher Entrüstung erschaffen sie von der guten alten Zeit im Gegensatz zur Gegenwart. Des Handwerkers Noth undummer wird mit den glühendsten Farben geschildert, daß des Lebens Uebermaß Steine erweichen könnte. Großhospital, Handel und Industrie werden als Bampyre gekennzeichnet, welche am Baume des Handwerkers nagen. Als alleiniges, untrügliches Allheilmittel bezeichnet man dann den Befähigungsnachweis, und entrückt so immer mehr dem Boden der Wirklichkeit, zum Schaden der Sache. Die ruhige Arbeit in der Innung wird als nutzlos hingestellt und mit Ueberzeugung ruft man in den Aufstufungs-Versammlungen: „Wir wollen keine Innungen, aber den Befähigungsnachweis.“

Ueber den Befähigungsnachweis spricht sich der Wiesbadener Bericht dahin aus:

„In der Allgemeinheit, wie in der Zeit der Zünfte, wird der Befähigungsnachweis, als mit den gegenwärtigen Verhältnissen schwer vereinbar, sich wohl kaum durchführen lassen; doch dürfte Vieles in dieser Beziehung gebessert werden können.“

Der Bericht aus Breslau versucht, die Forderung des Befähigungsnachweises mit einem Hinweis auf das „Paffensthum“ zu begründen. Er bemerkt: es sei erfreulich, daß die Reichsregierung diesem Wunsche der Handwerker (auch heissen Zünftler!) „nicht mehr so ablehnend gegenüber steht, wie früher“; wenigstens scheine der Befähigungsnachweis für Bauhandwerker „gesichert zu sein“. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Selbst die konservative „Schützzeitung“ hält diese Befähigung für gewagt; sie erklärt, nicht zu wissen, „auf was der Berichtstatter seine Meinung gründet“. Es giebt weder offiziell noch offizielle Realisationsbedingungen, die diese Meinung als zutreffend erscheinen lassen könnten. Hier ist offenbar der Wunsch des Gebäckens Vater gewesen.

Mauverbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streik befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in **Breslau-Graznow, Neustettin, Friedland, Wismar, Kolberg.**

Geperret sind die Bauten der Unternehmer **Willen & Böhler, G. Baumgarten, Karl Baumgarten, Eggers, S. Zietke, Korbing, Döpling, S. Köpfe, W. Dahl und S. Fabrenz in Hamburg**

wegen Affordarbeit; in **Stolz i. S.** die Bauten der Gebr. Förner; die Bauten der Unternehmer **Wittold** in **Wittold**; in **Sagard (Nügen)**, die Bauten des Unternehmers **Galgig**; in **Worms**, die Bauten der Unternehmer **W. Timm, J. Wargmann, D. Preuss, S. Fildler, J. Bornholdt, G. Wähling, P. Wolf, S. Gähgense, S. Witt und S. Krohn**; in **Wittfeld**, die Bauten des Unternehmers **Spangenberg**, weil er den geleisteten Lohn nicht zahlt; in **Jessen (Bez. Halle)**, die Bauten des Unternehmers **Krausch**; in **Dannenberg**, die Bauten des Unternehmers **Strauch**; in **Wachim**, die Bauten des Unternehmers **Heiner**; in **Wahlitz**, die Bauten des Unternehmers **Neßler**; in **Schwien bei Berlin**, die Bauten des Unternehmers **Decker** aus **Schwedt a. O.**; in **Güßebiese, Nordhausen (Neum.)**, **Glossow, Bärowalde, Alt-Blessin** die Bauten des Unternehmers **Schäfer** aus **Bärowalde**; in **Jüterbog**, die Bauten des Unternehmers **Tittel**; in **Wobeglich**, die Bauten des Unternehmers **Häbing**; in **Schneisen**, die Bauten des Unternehmers **Meyer**; in **Wremlitz**, die Bauten der Unternehmer **Tischmann und Walter**.

Durch den Streik der Bauarbeiter sind Maurer in **Mildeidenschaft** gezogen in **Neuruppin**.

Durch den Streik der Zimmerer sind in **Mildeidenschaft** gezogen die Maurer in **Braunsfeld, Düsseldorf, Querfurt und Werrigerode**.

In **Güstrow** kam es infolge des Vorbruchs zweier Innungsmeister am 4. September zu Differenzen, deren Folge die Arbeits Einstellung und Sperrung der Arbeitsplätze war. Die Ursachen sind folgende: Die Arbeitsstelle liegt eine gute Stunde außerhalb des Stadtbezirks. Nach den bisherigen Abmachungen gingen die Kollegen des Morgens 6 Uhr aus **Güstrow** und richteten sich so ein, daß sie zu Feierabend wieder an der Stadtgrenze waren. Im anderen Falle hätten die Unternehmer Quartier bezogen müssen. Da nun die Konjunktur am Orte seine gute ist, glauben die Unternehmer, sich dem bisherigen Lohnsatz nicht mehr fügen zu brauchen. Sie verlangten deshalb, daß die halbe Gehalt auf Kosten der Kollegen gemacht würde. Die Kollegen zeigten ein Entgegenkommen und legten eine halbe Stunde zu. Dieses genügte aber den Unternehmern nicht. Sie erklärten den Kollegen, wer sich ihrem Willen nicht fügen wolle, der müsse dann seiner Wege gehen. Dieses führte dann zur Arbeits Einstellung und legten auch sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Den beiden Unternehmern **Vinz und Warts** wurde von der Innung der Rücken gestärkt, indem einmüthig beschlossen sein soll, das Vorgehen gut zu heißen. Also die Innung sanktioniert noch obenrein den Vorbruch.

Bei der letzten Verhandlung, welche zu Anfang des Sommers stattfand und eine Lohnerhöhung von 85 auf 87 % zur Folge hatte, wurde die Erklärung abgegeben, daß alles Letztgütige so bleibe, wie bisher üblich. Also auch die Gehälter. Um nun die Differenzen beizulegen, veruchte der Vertreter des Hauptverbandes, Kollege **S. Willeh-Wilke**, mit den Herren Unternehmern in Unterhandlung zu treten, aber umsonst. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr **Soumayermeister Vinz**, meinte mit Hand und Fuß. Mit den Worten: „Nein, nein, nein, ich kenne Sie, Sie sind ein toller Agitator, Sie wollen nur umher und in unserer Leute Verderben“ wurde der Vorstandsvorteiler empfangen. Es blieb also nichts weiter übrig, als sich zu verabschieden. Zu dem begleitenden Kollegen meinte der Herr dann: „Er sage es ja gar nicht als einen Streik an, zum Montag würde das Quartier fertig gestellt, Weiter hinausgeschafft und dann könnte die Arbeit wieder losgehen.“ Es sollte ja auch nur so eine kleine Strafe (11) sein, wenn bis Montag am feiert würde.“ Wie natü! Der gute Mann denkt am Ende gar, die Güstrower Maurer seien noch in den Kinderjahren, um sie als solche behandeln zu können. Von Männern, welche sich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wehren, sollte doch ein Soumayermeister nicht mehr solche Gedanken haben, noch dazu, wo er selbst die praktische Seite des zünftigen und ehrbaren Gesellenstandes mit durchgemacht hat. Die an demselben Abend tagende Versammlung beschloß, der Innung mitzutheilen, daß die Maurer bereit waren, in **Wittow** am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn bis dahin ein ordnungsmäßiges Quartier beschafft ist, im Uebrigen aber an den bisher vereinbarten Bedingungen in jedem einzelnen Falle festzuhalten, bis durch beiderseitige Vereinbarung andere Bedingungen festgelegt seien. Die vorliegenden Arbeiten sind dringender Natur, es sind Vieles Häuser, welche durch Feuer eingestürzt wurden. Es sind bei dem einen Unternehmer **Wenz** eingestürzt, um das Quartier fertig zu stellen. Bei dem Anderen konnte bisher noch nichts festgestellt werden. An der Sperrung sind 14 Kollegen mit 84 Kinder beeheligt. Der Zugang ist unter allen Umständen fern zu halten.

Der Streik in **Wittow-Warzin-Sternberg** ist in der vorigen Mode beendet worden. Die Unternehmer hatten sich schließlich mit der Forderung der Gesellen in Bezug auf die zehnstündige Arbeitszeit insofern abgefunden, als sie es den Gesellen freigestellten, ob sie zehn Stunden oder länger arbeiten wollten; die Erhöhung des Lohnes von 80 auf 85 % pro Stunde wurde abgelehnt, jedoch eine Lohnaufbesserung von 80 auf 82 % zugesprochen. Die Gesellen haben dieses Angebot abgelehnt und beschlossen, die Arbeit bei 82 % Stundenlohn und zehnstündiger Arbeitszeit wieder aufzunehmen.

Die Kollegen in **Dannenberg** haben die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit erhoben. Ein Unternehmer, der hauptsächlich in Betracht kommt, hatte, als ihm die Forderung unterbreitet wurde, dagegen nichts einzuwenden. Er erklärte, seinerwegen könne mit der zehnstündigen Arbeitszeit schon am anderen Tage begonnen werden, er werde aber dann Klassenlöhne zahlen und zwar von 80 % an abwärts. Die Kollegen haben darauf bestanden, zunächst nur zehn Stunden zu arbeiten, aber in 14 Tagen (es besteht keine Bindung) die Arbeit einzustellen, wenn der Unternehmer seine Forderung mit den Klassenlöhnen ausführen sollte.

Seit mehreren Wochen ist über das Geschäft des Unternehmers **Spangenberg** in **Wittold** die Berre verhängt. Diese Maßregel hat den Unternehmer aber nicht sehr gedrückt, da er „Arbeitsmittige“ gefunden hatte; hauptsächlich Italiener, die ihm seine Arbeiten fertig stellten. Nunmehr hat das traurige Verhältnis plötzlich einen argen Witz erlitten, dessen Folgen wahrscheinlich die sein werden, daß der Unternehmer **Spangenberg** sich zur Anerkennung des von den Gesellen aufgestellten Lohnsatzes bequemen wird. Und das geschah also: Am 31. August war der Neubau des Landamtenhauses gerichtet

worden. Zur Feier dieses hochwichtigen Ereignisses war am Abend ein solener Nachschmaus veranstaltet worden, wozu auch **Spangenberg** mit seinen „Arbeitsmittigen“ Einladungs erhalten hatte. Alle Geladenen hatten sich auch eingefunden und waren bei Bier und Tanz vergnügt und guter Dinge. Da plötzlich kam ein Witzling in die frohliche Gesellschaft, ob insofern zu viel gegessen und getrunken worden, so solle nicht schliefen werden, und alle Teilnehmer, Ausführender, Meister, Backler und Italiener, hatten sich beim Bistul und nahmen gegenseitige Maßregeln vor. Die Folge davon war, daß zwei Italiener am anderen Tage die Arbeit einstellen und abreißen. Die übrigen sieben „Arbeitsmittigen“ haben noch eine Woche gearbeitet und sind dann ebenfalls abgedampft. Herr **Spangenberg** steht nun da mit einem Gesicht, wie der beträufte Lohgeber, dem die Felle weggeschlommen waren.

Wegen Lohnverdrängung ist bei dem Unternehmer **Tittel** in **Jüterbog** die Arbeit eingestellt worden. Die Lohnführung erfolgte ohne vorherige Anfründigung seitens des Unternehmers und beträgt 2 % pro Stunde. In Betracht kommen 15 Kollegen mit 28 Kindern.

Durch den Streik der Bauarbeiter in **Neuruppin** sind 105 Maurer in **Mildeidenschaft** gezogen worden. Wie es den Anschein hat, erhalten die Unternehmer Rückenstärkung durch den Arbeitgeberverband in Berlin.

In **Kolberg** haben wiederholt Unterhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, doch sind dieselben stets resultatlos verlaufen. Wohl erklären sich die Unternehmer bereit, 45 % Stundenlohn zu zahlen, nur weigern sie sich, dies ihr Zugeständnis durch Betrag anzuerkennen. Der Stand des Streiks ist noch als günstig zu bezeichnen.

In **Delitzsch** haben die Kollegen bei dem Unternehmer **Vierzehn** wegen Lohnführung die Arbeit eingestellt. Ueber die Arbeits Einstellung am Osterabend in **Matzig** wird uns mitgeteilt: Trodem im hiesigen Baugewerbe allgemein zehnstündige Arbeitszeit festgesetzt ist, stellt Fällige an seine Arbeiter das Verlangen, elf Stunden zu arbeiten, ja dessen Aufsichtsbearbeiter verlangen sogar eine zwölfstündige Arbeitszeit, mit der Erklärung, wenn dieses nicht passe, der könne gehen. Weiter gab die Art und Weise der Lohnabteilung den Arbeitern (größtenteils Italiener) wiederholt Gelegenheit zur Unzufriedenheit. Das beweist am besten, daß die Firma Fällige vor dem Gewerbegericht durchaus kein feiner Geist ist. Die Arbeiter haben mit ihren Klagen stets Erfolg gehabt. Das selbst politische Intervention an Zahlungsstagen notwendig war, ist ebenso feststehend. Ueber das auf diesen Bauweilen herrschende Rantimentieren siehe sich noch recht viel sagen, doch bietet sich dazu noch Gelegenheit. Behördlicherseits soll man schon gedroht haben, die Rantimen zu schließen. Uebrigens hat sich Fällige seinen ausständigen Arbeitern gegenüber zu mündlichen Zugeständnissen herbeigelassen; die Arbeiter wollten dies aber Schwarz auf weiß haben, wozu sich Fällige nicht verband.

Zur Vermeidung des Ausstehens sollten am Freitag, 6. d. M., Verhandlungen vor dem Gewerbegericht stattfinden. Am Tage vorher hatte Fällige dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts die Versicherung gegeben, daß er zu der Einigungs-Verhandlung erscheinen werde. Fällige hat aber sein Wort zurückgezogen und erklärt, daß er sich auf Verhandlungen nicht einlasse. Die Ausständigen fordern zehnstündige Arbeitszeit, einen Stundenlohn von 45 % und Austritt aus der Betriebskrankenkasse der Firma und Ueberweisung in die Driftkrankenkasse. Die letztere Forderung war nicht der Beweggrund des Ausstehens und wäre auch schlichtlich, wenn die Verhandlung zu Stande gekommen, von dieser Forderung abgesehen worden. Hauptächlich handelt es sich um die Verringerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und Lohnaufbesserung.

Aus **Mundeneim** wird uns geschrieben: Wie die christliche Nächstenliebe in der Praxis ausseht, sollten die Maurer an evangelischer Kircheneinbau in **Mundeneim** (Falsch) recht eindringlich erfahren. Witten in der Woche kündigte der den Kirchenbau ausführende Unternehmer **Lauer** aus **Landau** seinen **Maurern** an: „Am nächsten Tage giebt's nicht mehr 45 % Stundenlohn, sondern nur noch 42 %, hat zehn Stunden wird 11 Stunden gearbeitet, und noch jetzt ab giebt's keine Stundenlohn mehr.“ Der Kirchenbau ist wie ein Laubenschlag, daß werden eine Anzahl Maurer angenommen, und kurz darauf wieder eine Reihe entlassen. Daß der Unternehmer dabei auf die gesetzlichen Bestimmungen nicht, ist nicht so sehr verwerdlich. Doch ab und zu giebt es auch unter den heiligen **Maurern** Einige, die über ihre gesetzlichen Rechte aufgeklärt sind. Als wieder eine Gruppe **Maurer** (Anzahlungslos entlassen worden, warden sich die meisten an das Gewerbegericht, und dort wurde Herr **Lauer** verurteilt 42.70 Zuschlagung zu zahlen. In der Wuth über seinen Reinalt kündigte er nun den übrigen **Maurern** obengenannte Verschlechterungen an, um sich dadurch wieder schadlos zu halten. Die **Maurer** am Kirchenbau sind leider nicht organisiert; einige davon gehören der im Mai aufgelösten **Zahlsche** **Kaifer** **Stauern** an. Diefelben warden sich nun um **Math** an die Organisation in **Mundeneim** und von dort wurde der **Gauvorstand** aufgelöst, hier einzutreten. Vom **Gauvorstand** wurde Kollege **Horter** entlassen, dieser unterhandelte mit dem Unternehmer **Lauer**, um ihn womöglich zur Zurücknahme seiner Anfründigungen zu bewegen. Die Unterhandlung verlief resultatlos; der Unternehmer lehrte den Brod heraus, er meinte: „Ich kann doch meinen **Maurern** zahlen, was ich will und über die Arbeitszeit besteht doch kein Gesetz, das kann ich doch auch machen wie ich will, wenn das nicht paßt, der soll den Bau verlassen. Das ist der absolute Herr, welcher seine Arbeiter vollständig als Sklaven betrachtet.“ Kollege **Horter** verjagte nun noch beim **Presbyterium** für die **Maurer** etwas zu thun. Doch auch hier wurde man die **Abscheln**, man brauche die **Vorkommnisse**, habe auch die **Ueberzeugung**, daß der Unternehmer den Bau nicht würde fertig machen, aber die Arbeit in Submission vergeben, man könne für die Arbeiter nichts thun. Nun wurde die **Angelegenheit** einer öffentlichen Volksversammlung, welche am 5. September im **Gasthaus** „**Zum Schwann**“ in **Mundeneim** tagte, unterbreitet. In dieser Versammlung war das **Presbyterium** mit Herrn **Bislar Zimmermann** an der Spitze, sowie Herr **Lauer** eingeladen worden. Das **Presbyterium** war durch einige Mitglieder vertreten, aber Herr **Bislar Zimmermann** hatte jämleimigst verrotten müssen; auch Herr **Lauer**, welcher unten in der **Gaustube** saß, daß nicht den **Muth**, den **Saal** zu betreten. **Horter** führte den **Versammelten** die **Praktiken** des Unternehmers vor **Augen**, und wies nach, daß alle Arbeiter ein Interesse an dieser **Angelegenheit** hätten, es sei dies ein öffentlicher **Wut**, worin später die **Unzulänglichkeiten** der **heutigen** **göttlichen** **Weltordnung**, sowie die **christliche** **Nächstenliebe** ge-

endigen. Das nennt man Glück! Bei diesen Erfolgen zahlte man natürlich „gerne“ im Geschäftsjahre aus:

Für Kosten des Fortwahrnehmens.....	M. 16 926,04
„ Renten an Verletzte	408 297,97
„ Versicherungsstellen	4 410,87
„ Renten an Witwen/Geldbeiter.....	59 724,20
„ Renten an Kinder	63 620,73
„ Kurs- und Pflegekosten	25 256,57

Die Ausgaben haben eine Steigerung erfahren und begründet der Vorstand diese mit der höheren Zahl der Entschädigungsfälle, den höheren Pensionen, welche die Verletzten verdienen, und auch, daß „das seit dem 1. Oktober 1900 in Kraft getretene Gewerbeunfallversicherungsgesetz, welches in manigfacher Weise zu Gunsten höherer oder reichlicherer Renten spricht“ zu Werks läßt. Der neue vielgepriesene § 95 d. G.-U.-G. hat glücklicher Weise noch keine Anwendung im Geschäftsjahre finden können, da noch keine Verletzten zu demn. waren, Anträge auf „Kapitalabfindung“ mit M. 2-300 unter Vorbehalt auf alle weiteren Ansprüche zu stellen. Hoffentlich geschieht dies auch im neuen Geschäftsjahre, um so mehr, da der Vorstand der Berufsgenossenschaft den lebhaften Wunsch ausdrückt, „daß von dem Abfindungsrecht, welches bei ihelweiser Erwerbsunfähigkeit von 15 oder weniger Prozent gegeben ist, nach- und nach mehr Gebrauch gemacht werden möge“. Deshalb Vorsicht!

Wie „lebensreich“ die Tätigkeit der Berufsgenossenschaft in puncto „Unfallversicherung“ wieder im verflochtenen Jahre war, schägen natürlich die „berühmten Arbeiter“ mit. Die „erst“ im Jahre 1896 revidierte Unfallversicherungsverordnung sollte auch unverändert im Geschäftsjahre beachtet werden. Da es auch Unternehmer gab, die diese „Vorschriften“ nicht beachteten, so gab dies dem wackelnden, strengen Vorstande „nicht selten Veranlassung zur Beanstandung“, und mußten an diese unglücklichen Unternehmer „Erinnerungen“ ergehen. Bei wiederholten „Zwischenbindungen“ seien diese „bergehtlichen“ Unternehmer zur Strafe in eine „höhere Gebirgsartklasse“ veranlagt worden, wodurch bekanntlich die Unfälle sofort „verhört“ werden, und „bei nahezu 200 Verletzungen“ mußte der Vorstand schredliche „Verurteilungen“ erlassen. Nicht allein diesen Schäden hatten die armen Bauherren zu ertragen, sie mußten sich auch noch gefallen lassen, daß ein ganzer „Beauftragter“ der Berufsgenossenschaft immer die Betriebe „überwachte“. Dieser fleißige Beamte hat den ganzen Landeshauptteil Helsen-Rajau bereit und ist es ihm gelungen, 116 Drischeln zu bejagen, kontrollierte alle Bohnhäfen, Vorschriften, oder „überwachte“ sogar noch die Baustellen, Regiebetriebe etc., widmete sich auch noch der Ermittlung neuer Betriebe — und nebenbei — auch der Kontrolle der Renteneinpfänger! Ein braver Mann! Der Referent verweist darauf, daß sich schon M. 1443514,92 und muß nach dem neuen Gesetze noch etwas erhöht werden. Der Bericht besagt, daß in einzelnen Fällen Regresse gegen einzelne Arbeiter erfolglos waren, da diesen das nötige Kleingeld fehlte und stellte diese dafür, natürlich unbillig, unter Nennung des vollen Namens und Adresses öffentlich an den Pranger. Der Bericht schließt mit einem Dank an alle Genossenschaftsorgane und an diejenigen Behörden, welche die Berufsgenossenschaft mittelbar oder unmittelbar unterstützt haben. Das Unternehmertum kann also sehr zufrieden sein mit dem Resultate des Geschäftsjahres „ihrer“ Berufsgenossenschaft, während die beteiligten Arbeiter dafür sorgen alle Ursache hat, gegen das Gebahren dieses Injustiz energisch Stellung zu nehmen. Ohne jegliche Vertretung in der Verwaltung, müssen die Arbeiter doch alle Mittel für die Berufsgenossenschaft, wenn auch indirekt, aufbringen. Die Steigerung der Zahl der Unfälle, die Art der Überwachung der Betriebe, die mangelhaften Schutzvorrichtungen — und Verbütungsmaßnahmen fordern sie zur strengsten Kritik heraus. Es muß aber auch den Unbilligkeiten mit der Zeit endlich klar werden, daß die Berufsgenossenschaften wahrlich nicht die Organe sein können, die erstlich an die Verbesserungen und Abstellung all der grauenhaften Missethate im Bergwerke herantreten. Nur eine starke Organisation der Arbeiterchaft kann hier Wandel schaffen. Der Anfang ist ja gemacht, wenn auch das Unsternschicksal wünschenswerter dies zu verhindern sucht!

Frankfurt a. M. Dixi.

Ans anderen Berufen.

* Der Streik der Hamburger Kupferschmiede aufgehoben. In der am Dienstag, den 3. September, tagenden Mitgliederversammlung der Kupferschmiede wurde allgemein für Aufhebung des Streiks getimmt — und folgende Resolution angenommen: „Nachdem seitens der Kollegen in dem Stampe, welcher durch die zehntägige Ausperrung wegen Beihilgung an der Maschine von Seiten der Arbeitgeber provoziert wurde, die dagegen gestellten Forderungen bis auf eine (Regelung des Arbeitsnachweises) fallen gelassen und die Arbeitgeber sich zu keinen Verhandlungen eingelassen haben; nachdem ferner die Kollegen, welche während des Streiks in Hamburg die Arbeit aufgenommen haben, den Kampf durch ihr unkollegiales Verhalten illusorisch machten, hält es die heutige Versammlung für nutzlos, den Kampf weiter zu führen, und empfiehlt nach Beilegung des Streiks, die Frage des Arbeitsnachweises in gütlicher Verhandlung zu erledigen.“ Gleichzeitig wurde den Arbeitgebern folgendes Schreiben zugesandt: „Am Dienstag, den 3. September, wurde in der Mitgliederversammlung beschlossen, den Streik zu beenden, und erlaube ich Sie, dieses den Arbeitgebern mitteilen zu wollen.“

* Der Vorstand des Zentralvereins der Formier etc. hat jüngst unter den Mitgliedern eine Urabstimmung vornehmen lassen, wobei es sich um die Verflechtung mit dem Metallarbeiterverband handelte. Von 6724 innummerierten Mitgliedern haben nur 3944 ihre Stimme abgegeben; davon waren 3011 für die Verflechtung und 930 haben gegen dieselben getimmt. Es haben sich somit 2766 Mitglieder der Abstimmung enthalten. Die statutarisch festgesetzte 1/2-Majorität ist nicht ganz herausgekommen, wohl aber haben über 1/2 der Abstimmenden für den Uebertritt getimmt. Vorstand und Ausschuss des Formiervereins empfehlen trotzdem den Uebertritt in den Metallarbeiterverband und eruchen die Gegner dieses Projekts, sich der Majorität anzuschließen zu wollen. Der Uebertritt soll am 1. Oktober d. J. erfolgen.

* Auch ein „Beitrag“ zur christlichen Gewerkschaftsbewegung. Unter dieser Epigraphe bringt das „Correspondenzblatt der Generalcommission“ eine ergötzliche Geschichte, der

wir Folgendes entnehmen: In einer Rede mitwischen dem Organ des bekannten christlichen Gewerkschaftsbundes Brust und der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ hat die letztere festgestellt, daß Brust bis zum Jahre 1900 stets folgende Mitgliederzahlen des „Christlichen Gewerkschafts der Bergleute“ veröffentlichte und diese Mitglieder auch als vollgiltige Mitglieder bezeichnet. Auf der Generalversammlung 1900 richtete der Generalvorsitzende mit der Angabe heraus, daß die Zahl der Mitglieder, die der Ausgetretenen und getretenen fortlaufend weitergeschrieben, die der Ausgetretenen nicht abgezogen wurde, um etwa 9000 zu hoch angegeben sei. Das Werturteil an dieser Stelle ist aber, daß die Geschäftslitung des „Christlichen Gewerkschafts“ bis 1900 stets für die angegebene Gesamtzahl der Mitglieder die Beiträge als eingezogen berechnet hat. Es sind demnach etwa M. 10 000 mehr in der Kasse gewesen, als nach der Zahl der wirklich vorhandenen Mitglieder hätten eingezogen werden können. Auf die Frage der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“, wo dies Geld hergekommen sei, heißt Brust die Antwort schuldig. Aus dieser erbaulichen Geschichte geht klar hervor, daß die M. 10 000 nicht als Beiträge von Mitgliedern eingegangen sein können, sondern daß sie von anderer Seite herüber müssen, trotzdem aber als Mitgliederbeiträge gebucht sind, wenn andersfalls müßte ja die Geschäftslitung schon längst behauptet gekommen sein, daß sie 90 000 Mitglieder zu viel in den Listen führt. Der kommende Herr Brust wird doch nicht etwa ungeschicklich gewesen sein, daß er, um mit großen Mitgliederzahlen prunken zu können, einen planmäßig angelegten Grundzug aufgeführt hat?

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1900.

I. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat im letzten Jahrzehnt des verflochtenen Jahrhunderts nach kurzem Rückgang einen Aufschwung zu verzeichnen gehabt, der selbst ihre kühnsten Optimisten nicht erwartet hätten. Zu derselben Zeit, als ihre Mitgliederzahl infolge der unaufrichtigen Schläge der Wirtschaftskrisis im Rückgang erreicht hatte, wurde ihr unter Hinweis auf die fortschreitende Konzentration der Industriebetriebe ein halbes Ende prophezeit, und nicht Wenige blieben damals dafür in die Zukunft. Aber dem Aufgehenden gilt das Gleiche wie vom Zerglückten: sie haben gewöhnlich ein zähes Leben. Auch die heutige Gewerkschaftsbewegung hat die Krisis bald freigeig überstanden; und kennzeichnet schon die in den letzten drei Jahren veröffentlichten alljährlichen Statistiken der Generalcommission der Gewerkschaften stetige Fortschritte, so kann auch die oben in Nr. 34 des Correspondenzblattes der Generalcommission erschienenen Statistik für das Jahr 1900 dieses Gefühl der Verblüffung und des berechtigten Stolzes nur steigern. Hat doch das verflochtene Jahr den modernen Gewerkschaften nicht nur einen neuen Zuwachs von nahezu 100 000 Mitgliedern gebracht, sondern auch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit in 65 auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbänden 580 473 Mitglieder organisiert waren, berichtet die neueste Statistik für 1900 von 680 497 Mitgliedern in 58 Organisationen, und seit dem Jahre 1893, das mit 228 530 Gewerkschaftsmitgliedern den tiefsten Stand aufwies, hat sich die Mitgliederzahl verdreifacht. Die nachfolgende Tabelle I verdeutlicht diese Entwicklung der Gewerkschaften seit dem Jahre 1891. Dem Zeitpunkt der ersten regelmäßigen Statistik. Zum ersten Male können wir auf eine zehnjährige ziffernmäßige Uebersicht über die Gewerkschaftszahlen zurückblicken. Sie zeigt, wie bereits bekannt, bis zum Jahre 1893 einen Rückgang an Mitgliedern und von da an einen stetigen Fortschritt der Mitgliederzahl. Im Berichtsjahre betrug die Zunahme 99954, oder 17,2 pZt. Die Zahl der Organisationen ist um 3 geletter; neu angegeschlossen hat sich der Verband der Rauchwarenzurichter (Kürschner), während die Verbände der Fleischer und Masseur erstmalig in der Statistik geführt sind.

Tabelle I.

Jahr	Zentral-Organisationen	Mitgliederzahl	Davon weibliche Mitglieder	In Betrieben	Gesamt	Verhältnis d. Gewerkschaften
1891	62	277659	—	10000	287659	13000
1892	56	237094	4355	7640	244734	29700
1893	51	223580	5384	6280	229810	26526
1894	54	246494	5251	5550	252044	194
1895	53	259175	6697	10781	269956	11801
1896	51	329280	15265	5858	335088	—
1897	56	412359	14644	6803	419162	—
1898	57	493742	18481	17500	511242	—
1899	55	580473	19280	15946	596419	—
1900	58	680427	22844	9860	690287	—

Erfreulich ist zwar der seit 1893 stetige Zuwachs an weiblichen Mitgliedern, die sich von 13 481 auf 19 280 und 22 844 vermehrten. Insofern ist diese Zahl noch immer äußerst gering gegenüber der großen Zahl unorganisirter Arbeiterinnen, und je mehr die weiblichen Arbeitskräfte Eingang in der Industrie finden und von ihrer Teilnahme an gewerkschaftlichen Bestrebungen die Aktionsfähigkeit der Organisationen abhängig ist, desto dringender erweist es sich als notwendig, die Arbeiterinnen in stärkerem Verhältnis für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Zahl der Mitglieder lokaler Gewerkschaften, soweit sie sich zur modernen Arbeiterbewegung zählen, weist seit dem Vorjahre einen Rückgang von 15 946 auf 9880 auf, in der Hauptsache herbeigeführt durch den Ausfall der lokalen Handelswarenarbeitervereine an den Zentralverband dieses Berufes.

Außer diesen Organisationen giebt es noch drei Gruppen von Organisationen gewerkschaftlichen Charakters. Die deutschen (S.-D.) Gewerkschaften zählten im Berichtsjahre 91 661 Mitglieder (gegen 86 777 im Jahre 1899); ihre Zunahme beträgt nur 5,62 pZt. Die christlichen Gewerkschaften, die zum Einfließen ihrer bürgerlich-geistlichen Begründer und Berater in ihrem Wirken immer gewerkschaftsähnlicher werden, umfassen nach einer von der Generalcommission betriebenen im Juni d. J. veröffentlichten Statistik in 65 Organi-

tionen 159 770 Mitglieder (gegen 112 160 im Vorjahre). Bei dieser angeblichen Zunahme um 47 610 ist aber zu berücksichtigen, daß diese Statistik zwei im vorigen Jahre als „unabhängig“ gezählte Organisationen umfaßt (Siegerländer S.-D. christlicher Bergarbeiter und Verein oberösterreichischer Arbeiter) mit 10 200 und 15 004 Mitgliedern. Rechnet man daher die tatsächliche Zunahme mit 23—25 000 Mitgliedern, so ist dies angeblich der diesen Organisationen zu Gebote stehenden Agitationsmittel und der großen Zahl kirchlich beeinflusster Arbeiter durchaus kein glänzendes Ergebnis.

Nach weniger Bedeutungsvoll erscheinen die christlichen Gewerkschaften, wenn man berücksichtigt, daß nur 78 664 ihrer Mitglieder dem Gesamtverband angehören, während Organisationen mit 81 006 Mitgliedern erhoben minimalen Beiträge (50 pZt jährlich im Minimum und 20 pZt wöchentlich im Maximum), das den meisten dieser Organisationen die finanzielle Grundlage fehlt. Wichtiger aber ist das dort betriebene Agitationsverfahren erfolgreich und haben die Unternehmer in der Befähigung derselben fort, so wird der Gewerkschaftsgedanke darin fortwährend neue Nahrung erhalten und diese Arbeiterfreise den modernen Gewerkschaften näher führen. Endlich kommt als letzte Gruppe noch jene unabhängigen Organisationsformen in Betracht, die mehr oder weniger gewerkschaftliche Aufgaben haben. Die Generalcommission ermittelt 21 derselben mit 53 717 Mitgliedern. Die genannten Gewerkschaften Deutschlands umfassen also die folgenden Gruppen:

Organisationen	Mitgliederzahl		Prozentverhältnis der Mitgliederzahl	
	1899	1900	1899	1900
Gewerksch. Zentralverb.	580473	680427	67,15	68,85
Lokale Vereine	15946	9860	1,86	1,01
S.-D. Gewerkschaften	86777	91661	10,04	9,20
Christl. Gewerkschaften	112160	159770	12,97	16,05
Unabhängige Vereine	68994	53713	7,98	5,39
Zusammen	864350	995435	100,0	100,0

Die Mitgliederziffern der unabhängigen Vereine sind als Minimalziffern zu betrachten, da über einige Vereine dieser Gruppe die entsprechenden Ziffern für 1900 nicht zu erlangen waren. Da jedoch die Mitgliederzahl dieser Gruppe sich leicht um 4000 bis 5000 erhöhen könnte, so würden also im Jahre 1900 rund eine Million Arbeiter gewerkschaftlich organisiert gewesen sein, von denen nahezu 1/20 der modernen Arbeiterbewegung angehören. Gegenüber dem Anfang des vorigen Jahrzehnts ein solcher Erfolg. Zwar deuten mehrfache Anzeichen darauf hin, daß im laufenden Jahre eine gleiche Zunahme an Mitgliedern nicht zu erfolgen, sondern ein Stillstand zu verzeichnen sein wird; selbst ein vorübergehender Rückgang ist nicht ganz ausgeschlossen, da am Jahreschlusse 1900 bereits 11 Organisationen einen Mitgliederabgang unter dem Jahresdurchschnitt aufwiesen. Doch ist diese Ercheinung nicht mehr so beunruhigend, wie anfangs der 90er Jahre, da seitdem fast sämtliche Organisationen so weit erflacht und durch innere Einrichtungen gestiftet sind, daß eine Mitgliederflucht, wie damals, nicht mehr zu befürchten ist.

Von den einzelnen Zentralverbänden hat der Metallarbeiterverband als erster und einziger die Zahl von 100 000 Mitgliedern überschritten, er zählt 100 762 Mitglieder; selbst keine der englischen Unions vermag ihm eine so hohe Mitgliederziffer zur Seite zu stellen. Ihm folgen die Verbände der Maurer mit 82 984, Holzarbeiter 78 972, Bergarbeiter 66 420, Textilarbeiter 34 333, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter 30 847, Buchdrucker 28 848, Zimmerer 25 272, Schuhmacher 19 288, Tabakarbeiter 18 500, Bauarbeiter 17 901, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 17 006, Schneider 15 639, Eisenarbeiter 11 414, Brauer 11 410, Maler 10 906, Buchbinder 10 447, Steinarbeiter 10 000, Porzellanarbeiter 9280, Former 9153, Glasarbeiter 7101, Köpfer 6831, Lithographen und Steinbrücker 5811, Maschinen- und Heizer 5600, Wäbher 5582, Tapezierer 5500, Lederarbeiter 4799, Bäcker 4585, Schlosser 4542, Lampenmacher 4437, Steinseifer 4195, Gemeinbediensteter 4030, Sattler 3927, Metallarbeiter 3543, Kupferindustrie 3432, Sand- und Schmirgel 3425, Dachdecker 3169, Seilerer 2898, Glaser 2772, Gummiarbeiter 2629, Stukkateure 2250, Schiffszimmerer 2009, Müller 1596, Gastwirtschaftlichen 1470, Buchdruckereihilfsarbeiter 1452, Bergarbeiter 1352, Graveure und Steineure 1189, Zigarrenarbeiter 1034, Rauchwarenzurichter (Kürschner) 900, Konditoren 786, Handlungsgehilfen 760, Barbier 463, Lagerhalter 436, Bureauangestellte 404, Formseher 384, Gärtner 368, Fleischer 254 und Masseur 179.

Werklich ist die Stärke einer Organisation nach dem Prozentverhältnis der Berufsangehörigen, soweit dieselben als organisationsfähig in Betracht kommen, so gehörten von den nach der 1895er Gewerkschaftszählung in den zentralorganisirten Berufen beschäftigten 4 508 356 Arbeitern (ausschließlich der Lehrlinge und der Arbeiter unter 16 Jahren) 15,10 pZt. den Zentralverbänden an. Bei den männlichen Arbeitern erhöht sich dieses Verhältnis auf 17,88 pZt., bei den Arbeiterinnen vermindert es sich dagegen auf 4,76 pZt. Die einzelnen Verbände umfassen von organisationsfähigen Berufsangehörigen: Buchdrucker 90 pZt., Bildhauer 75,71, Handlungsgehilfen 57,73, Kupferschmiede 56,92, Glaser 47,87, Tapezierer 40,38, Maurer 36,57, Hafnarbeiter 36,50, Schiffszimmerer und Metallarbeiter 36,41, Lithographen und Steinbrücker 36,34, Porzellanarbeiter 31,57, Stukkateure 31,14, Köpfer 31,10, Metallarbeiter 30,97, Brauer 28,70, Buchbinder 28,64, Holzarbeiter 27,34, Bergarbeiter 27,21, Wäbher 26,78, Zimmerer 24,95, Formseher und Graveure 24,08, Dachdecker 23,92, Glasarbeiter 23,28, Gemeinbediensteter 23,12, Gummiarbeiter 21,18, Tabakarbeiter und Zigarrenarbeiter 19,09, Rauchwarenzurichter 19, Schuhmacher 18,28, Maler 18,25, Former 18,05, Sattler 16,08, Seilerer 14,49, Lederarbeiter 14,42, Buchdruckereihilfsarbeiter 14,13, Steinseifer 12,36, Eisenarbeiter 11,01, Schneider 10,80, Bergarbeiter 10,01, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 9,55, Fabrikarbeiter 8,93, Konditoren 8,88, Bäcker 6,70, Textilarbeiter 6,32, Schneider 6,25, Bauarbeiter 5,46, Müller 5,31, Barbier 3,15, Gastwirtschaftlichen 0,74, Gärtner 0,63, Fleischer 0,49 und Handlungsgehilfen und Lagerhalter 0,45 pZt.

Da im vorigen Jahre dieser Verrechnung die Zahlen der Berufsanzahl zu Grunde gelegt waren, die in mehrfacher Hinsicht unzuverlässig waren, so sind die diesjährigen Verhältnisse mit denen des Vorjahres leider nicht vergleichbar. Auch die Zahlen der Gewerbe(Betriebs-)zählung erscheinen zwar

nicht völlig einwandfrei und außerdem liegen beide Zählungen um fünf Jahre zurück. So lange indessen kein neueres und zuverlässigeres Material zur Verfügung steht, ist die Benutzung der Ergebnisse der erwähnten Zählung, wenn auch mit den gebotenen Einschränkungen, nicht zu umgehen. Einen Rückgang an Mitgliedern weisen nur vier Organisationen auf, nämlich die Barbier (am 412), Lederarbeiter (570), Stuffedateure (600) und Textilarbeiter (3284). Bei den Barbieren trugen Vernachlässigungen in der Zentralverwaltung, bei den Lederarbeitern unglückliche Streiks, bei den Stuffedateuren Abfälligkeiten zu Sonderbereinen die Schuld, während die bedeutende Abnahme im Textilarbeiterverband speziell auf das Konto der wirtschaftlichen Krise zu setzen ist. Die größten absoluten Zunahmen gegen 1899 weisen die Metallarbeiter (15 749), Holzarbeiter (11 402), Bauarbeiter (8752), Maurer (8429), Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (8276) und Fabrikarbeiter (8255) auf, während prozentual am meisten gegen das Vorjahr stiegen die Glasarbeiter (95,72 pZt.), Schmiede (64,17 pZt.), Gemeindebetriebsarbeiter (58,56 pZt.) und Handlungsgehilfen (50 pZt.). Daß die absolute Zunahme der letzteren nur 250 beträgt, wird ihre Genehmigung über den Fortschritt nicht vermindern, da ihre Organisation mit besonderer Schweregefallen zu kämpfen hat, um die Handlungsgehilfen den gewerkschaftlichen Arbeitstruppen anzuschließen.

Die Organisationsziffern der weiblichen Arbeiter schwanken in den 21 Verbänden, die weibliche Mitglieder aufweisen, zwischen 0,10 pZt. (Handlungsgehilfen und Lagerhalter) und 22,50 pZt. (Buchbinder) der Organisationsfähigen. Den letzteren kommen nur die Schuhmacher (20,31 pZt.), Buchdruckhilfsarbeiterinnen (12,15 pZt.), Metallarbeiter (11,37 pZt.) und Lagerhalter (10,57 pZt.) nahe. Auf dieser Seite der Gewerkschaftsbewegung muß sich noch Vieles bessern, wenn die Teilnahmslosigkeit der Arbeiterinnen nicht die Ertragschancen der Organisationen gefährden soll. Aber wer sich der Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wohl bewußt ist, der wird auch die geringen bisher erzielten Fortschritte nicht unterschätzen. Mögen bessere Erfolge auch noch der zukünftigen Arbeit vorbestehen bleiben, so ist doch in einzelnen Bereichen schon die dauernde Grundlage für die weibliche Organisation gewonnen, auf welcher ohne Unterlaß weitergebaut werden kann.

Ebenso erfreulich, wie die Mitgliederzunahme, gestaltete sich auch die finanzielle Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, deren statistischen Ergebnisse in einem zweiten Aufsatze dargestellt werden sollen.

Polizei und Gerichte.

* Das Einmischen der Beiträge zum Streifonds hatte die Polizeibehörde in Reiz veranlaßt, den Kollegen Langendorf in eine Strafe von 12 und 120 Mark zu verurteilen, weil sie darin eine unerlaubte Kollektionsaktion. Die Einmischung der Beiträge hatte in der Bauhütte stattgefunden. Auf angelegene richterliche Entscheidung erklärte das Schöffengericht auf kostenlose Freisprechung. In der Begründung des Urteils heißt es, daß Sammlungen in einem geschlossenen Räume; wozu auch eine Bauhütte zu rechnen sei, keine öffentliche Kollekte darstellen. Bemerkenswert ist, daß der Denunziant ein Arbeitstafelge des Langendorf war. Ob er wohl eine Befolgung dafür erhält?

Verschiedenes.

* Den Kritikern und Mörglern gewidmet. Den Kritikern von Geburt widmet Volkspost in seiner Geschichte der reiblichen Vorkriegs von Hochbale einige besorgniserregende Worte. Er schreibt: In den meisten Arbeitervereinen und auch in anderen Vereinen anderer Gesellschaftsklassen finden sich eine Zahl sonderbarer Menschen, die unter einem unglücklichen Gestirn geboren zu sein scheinen, welche ausstehen, deren Stimme stets Streit verübt; sie können nichts für diesen Helfer, sie meinen es gar nicht so schlimm, aber sie können es nicht ändern, ihr Sprachorgan ist lähmend und kein melodischer Klang wird jemals ihren Lippen entströmen, ihr angeborener Grundton ist ein moralisches Gequäle; niemals sind sie herzlich, niemals beriebtigt, ihre unruhigen Bewegungen zeigen „Meinungsverschiedenheit“ an, ihre herabhängende Lippe verrieth „Unzufriedenheit“, das Spiel ihrer Gesichtsmuskeln stellt einen Antraß in Aussicht und ihre gezielten Augenbrauen finden „ein ganz neues Prinzip“ an. Man möchte sie eine Art gesellschaftliche Stachelschweine nennen, deren Stachel sich ewig kräuteln, ihr Bild ist bequemer, sie sehen alle Dinge durch ein, sie reden gleichsam alle Dinge in's Wahre, wo dann auch das Gerächel krumm er scheint, sie wissen, daß man jedes Wort verdreht, jedes Wort kann und sie lassen ihre Worte gerade immer so auf, wie ihr sie nicht meint; sie wissen, daß kein Plan, kein Entwurf so vollkommen sein kann, daß er Alles berücksichtigt, und klammern sich stets an das, was darin verbergen ist, thun immer so, als ob sie nicht wüßten, was er beabsichtigt; sie treten einem Vereine bei, scheinbar um mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Werke, in der That aber nur, um zu kritisieren, ohne zu versuchen, das besser zu machen, worüber sie sich aufhalten. Sie benutzen nicht die Dürftigkeit des Vereins, um diesen zu verteidigen, sondern erwidern alle Schwächen, um sie dem gemeinsamen Feind zu vererben, jeden Genossen lassen sie ihre fortwährende Unzufriedenheit fühlen, bis ihre Gegenwart zu einer wahren Strafe wird und ihr das Gefühl hat, als ob ihr Frieden und gegenfällige Achtung nicht bei Euren Freunden, sondern bei Euren Gegnern zu suchen hättet; (Stimmt! Ist uns auch schon mandmal so gegangen. Red.) einem Jeden prophezeien sie so lange, daß die Sache schief gehen wird, bis sie selbst richtig jeden Erfolg bereitet haben, und nun beanspruchen sie noch Anerkennung für ihre verächtliche Prophezeiung und achtungsollen Dank für ihre Hilfe, die Euch zum Fallstrick geworden ist; sie sind gleichsam die Spritzenmänner Eurer Gesellschaft, die überall eine Feuerprobe mit sich führen und unter dem Vorwande, daß Eure Sache in fortwährender Feuergefahr ist, Euch von früh bis spät bespätzen und bespöthen, bis jedes Mitglied einer überlaufenden Wassertraufe gleicht.

Zurückstamen Plutz und den Verzweifelden Vertrauen einzuflößen, vergeuden sie ihre Zeit, indem sie die Jagdflächen abwidern, die Gichtigen auf die Beine treten, die Lahmen von der Treppe stoßen, die in der Finsterniß Befindlichen verlassen, den Zurückstamen grauliche Geschichten erzählen und den Verzweifelden versichern, daß nun Alles zu Ende sei.

* Die Kohlenproduktion und der Kohlenverbrauch der Welt. Das englische Handelsamt hat kürzlich einen Bericht über die Kohlenproduktion und den Kohlenverbrauch der Welt herausgegeben, worin als Gesamtsumme der Weltproduktion 650 Millionen Tons genannt sind. Von dieser Menge wird weit mehr als 1/3 in den Vereinigten Staaten von Amerika und ebenfalls noch mehr als 1/3 in Großbritannien gewonnen. Deutschlands Anteil an der Weltproduktion ist auf ungefähr 1/6, der obengenannten Gesamtmenge bemessen. Nachstehend ist die Kohlenausbeute in den fünf hauptsächlichsten Produktionsländern während der letzten drei Jahre ersichtlich gemacht:

	1900	1899	1898
Großbritannien*)	225181	220095	202055
Deutschland*)	109225	101640	96310
Frankreich*)	32587	32256	31826
Belgien*)	23552	22072	22088
Vereinigte Staaten von Amerika*)	245422	226554	196406

Hiernach ist die Kohlenförderung im Jahre 1900 in allen fünf Ländern eine größere gewesen als im vorhergehenden Jahre. Die Vereinigten Staaten von Amerika stehen seit zwei Jahren an erster Stelle, die bis zu dieser Zeit stets Großbritannien einnahm. Der durchschnittliche Werth der Kohle für eine Tonne an der Grube stellte sich im Jahre 1899 bei den fünf Hauptländern wie folgt:

Großbritannien	Deutschland	Frankreich	Belgien	Vereinigte Staaten von Amerika
sh d 7	sh d 7	sh d 9	sh d 11	sh d 4

Die Durchschnittspreise waren 1899 bei den vorstehenden Ländern höher als 1898, am meisten hat sich die Preissteigerung jedoch bei der englischen Kohle bemerkbar gemacht, welche in früheren Jahren durchschnittlich um 1 sh niedriger im Preis stand als deutsche Kohle und 1899 fast den dreifachen Preis wie das deutsche Produkt erreicht hatte. Im Jahre 1900 stiegen die Kohlenpreise noch wesentlich weiter, und die englische Kohle wurde um fast 2 sh teurer als die deutsche Kohle. Für das letzte Jahr liegen nur die Durchschnittspreise von Großbritannien, Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vor, welche auf 10 sh 8 1/2 d, 8 sh 10 d und 5 sh 6 1/2 d festgelegt sind.

* Europas „Reichthum“. Der „Reichthum“ Europas am Ende des 19. Jahrhunderts wird in einer bemerkenswerthen Arbeit vom Engländer M. H. K. berechnet. Die Aufstellungen M. H. K. sind sehr und können auf Auberlässigkeit nur in den Grundzügen Anspruch haben. Da diese aber sehr instruktiv sind, seien sie hier mitgeteilt.

Darnach beträgt ungefähr das Kapital Europas, sein Gesamtreichthum beweglicher und unbeweglicher Art 1175 Milliarden Mark. Das bewegliche Kapital allein etwa 600 Milliarden Mark. Das unbewegliche Kapital in sehr viel geringerem Grade schwankt, muß sich das Verhältnis des beweglichen und unbeweglichen Kapitals fortgesetzt steigern. Hinsichtlich des Gesamtreichthums ordnen sich die Hauptstaaten Europas in folgender Reihenfolge: England 293 Milliarden, Frankreich 247, Deutschland 201, Rußland 180, Oesterreich 103, Italien 79, Belgien 25, Holland 22 Milliarden. Die Einwohlerzahl des Reichthums im 19. Jahrhundert ist besonders in England ungewöhnlich gewesen, während sie für Frankreich eine weit geringere ist. Das bewegliche Kapital wird folgendermaßen angegeben: Für England auf 106 Milliarden, Frankreich 65, Deutschland nur 37, Rußland 14, Oesterreich 10, Italien und Belgien je 7, Holland 3 Milliarden. Das Reichthum ist also dieselbe, wie bei dem Gesamtreichthum, aber das Verhältnis ist schwächer, am größten ist es bei den Industrieländern, am schwächsten bei denen, deren Industrie und Handel erst am Anfang ihrer Entwicklung stehen. Während es in England 35 pZt. beträgt, in Belgien 28, in Holland 27, in Frankreich 26, in Deutschland 18, fällt es in Rußland, Oesterreich und Italien auf 9 pZt.

Wenn man das Gesamtvermögen der einzelnen Länder auf die Kopfhöhe der Bevölkerung berechnet wird, so gelangt man zu einer anderen Reihenfolge. Jeder Engländer „besitzt“ insgesammt durchschnittlich etwa 11 520, der Franzose 11 520, der Holländer 11 520, der Belgier und Deutsche je nur 11 520, der Oesterreicher und Italiener je 11 520 und der Russe 11 520. Wenn man das bewegliche Kapital in Betracht gezogen wird, tritt Deutschland noch viel weiter zurück; der Engländer besitzt darnach im Durchschnitt 11 520, der Franzose 11 520, der Holländer 11 520, der Belgier 11 520, der Deutsche und Italiener je 11 520, der Russe 11 520.

Die Verteilung des Budgets für die verschiedenen Staaten Europas wird in runden Ziffern folgendermaßen angegeben: Deutschland 4 Milliarden, also 2 v. H. seines Gesamtreichthums, England 3 Milliarden oder 1 v. H., Frankreich 34 Milliarden oder 1 v. H., Rußland 2 Milliarden 700 Mill. oder 1 v. H., Oesterreich 2 Milliarden oder 1 v. H., Italien 1 Milliarde 800 Millionen oder 2 v. H., Belgien 375 Mill. oder 1 v. H., Holland 300 Millionen oder 1 v. H. Darnach würde die Verteilung des Nationalvermögens durch die Staatsausgaben in Italien am größten sein, und es folgen weiter: Deutschland, Oesterreich, Rußland, Belgien, Frankreich, Holland und England.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 49. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte seien hier hervor: Der Parteien und der Hamburger Gewerkschaftskongress. Von W. B. D. — Stilles für den Gewerkschaftsbewegung. Von W. B. D. — Jugendfragen und Bildungsfragen in der Partei. Von Julius Vorhagen, Königsberg i. Pr. — Jahresberichte der sächsischen Gewerkschaftsausschüsse. Von Helene Simon. — Literarische Rundschau: Dr. Karl W. Die Entstehung der Volkswirtschaft.

*) Tons zu 2240 engl. Pfund. — *) Metrische Tonnen zu 2204 engl. Pfund.

**) Ein Schilling (sh) = 1,10; ein Penny (d) = 8 1/2 A.

Dr. Ernst Fr. W. Das Ding an sich und das Naturgesetz der Seele. Eine neue Erkenntnistheorie. — Notizen: Konsumvereinswesen in Sachsen. Unternehmensgewinne und Arbeitslöhne in der amerikanischen Staatsindustrie. — Geleitort: Wie die Heimat sieht! Bilder aus dem Osten von Fritz Stowromel. (Schluß.)

Briefkasten.

* Die nächste Nummer muß Umstände halber schon am Montag Abend geschlossen werden. Wir eruchen unsere Korrespondenten, sich hiernach mit der Einreichung ihrer Manuskripte einzurichten. Annoncen können ebenfalls nur bis zu dem angegebenen Zeitpunkt angenommen werden.

* Auf verschiedene Anfragen teilen wir mit, daß die Versendung des böhmischen „Stavebnik“ nicht erfolgen konnte, weil uns die Expedition dieses Blattes unerklärlicher Weise die benötigten Exemplare nicht zugefandt hatte. Wir eruchen die Redakteur unseres Blattes, den böhmischen Kollegen hiervon Mitteilung zu machen.

Streikabrechnungen.

Wausperre in Belgien.

Einnahme

Aus der Hauptkasse	1.680,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendete	43,—
Aus der Lokalkasse der Zahlstelle	42,—
Summa	1.623,42

Ausgabe.

Für Streikunterstützung an:	1.620,46
Verheirathete	73,16
Ledige	9,50
Reisenunterstützung an abgereifte Streikende	3,—
Fortschaffung Zugereister	5,30
Porto und Schreibmaterial	12,—
sonstige Ausgaben
Summa	1.623,42

Belgien, den 21. Juni 1901.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
S. Wäffer. R. Franke.
Für die Streikkommission:
Albert Käger. Friedr. Gebor.

Maurerstreik in Zwenkau.

Einnahme

Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendete	1.168,75
---	-------	----------

Ausgabe.

Für Streikunterstützung an:	1.168,—
Verheirathete	84,—
Ledige	39,—
Reisenunterstützung an abgereifte Streikende	22,75
Fortschaffung Zugereister	4,30
Fernhaltung des Zuges	2,—
Porto und Schreibmaterial	8,66
sonstige Ausgaben	6,04
Summa	1.168,75

Zwenkau, den 18. Mai 1901.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
Gottfried Reil. Rudolf Winter.
Für die Streikkommission:
Gustav Schumann. Karl Stengler.
Ferdinand Klaus. Albert Köhler.

Wausperre in Köslin (Baugeschäft Treptow).

Einnahme

Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendete	1.262,25
---	-------	----------

Ausgabe.

Für Streikunterstützung an:	1.158,60
Verheirathete	83,10
Ledige	80,—
Fortschaffung Zugereister	2,25
Porto und Schreibmaterial	2,50
Verkaufsumme des Beschlagnahmten	2,50
Summa	1.262,25

Köslin, den 4. August 1901.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren:
Emil Treptow. August Scheel.
Für die Streikkommission:
Ferdinand Wötcher. Friedrich Neuenfeldt.

Maurerstreik in Goldberg i. M.

Einnahme

Aus der Hauptkasse	1.225,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	42,50
Von anderen Gewerkschaften an Orte	15,26
Summa	1.282,75

Ausgabe.

Für Streikunterstützung an:	987,95
Verheirathete	83,70
Ledige	34,60
Reisenunterstützung an abgereifte Streikende	81,90
Fortschaffung Zugereister	19,50
Fernhaltung des Zuges	15,25
Porto und Schreibmaterial	12,86
Landkontrolle	24,05
Verkaufsumme des Arbeitslosgenossen	23,50
die Streikkommission	10,50
An die Hauptkasse zurückgefordert	89,14
Summa	1.282,75

Goldberg, den 14. Juli 1901.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren:
S. Wäffer-Libed. A. Rogmann.
Für die Streikkommission: **S. Wäffer.**

